

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pf. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pf., per Kreuzband 39 Pf. Vorauszahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beiträge kosten 25 Pf.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 28.

Sonnabend den 13. Juli.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gesl. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südring 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Die Redaktion.

## Die Tabakindustrie in Hessen.

I.

Die eben erschienenen Jahresberichte der großherzoglichen Fabrikinspektoren für das Jahr 1901 enthalten außerordentlich reiches Material über die Verhältnisse in unserer Industrie. Während infolge der Krise die Zahl der jugendlichen Arbeiter im allgemeinen und auch die der jugendlichen Arbeiter im speziellen in Hessen zurückging, so war für die Cigarrenindustrie im Bezirk Offenbach eine Steigerung in der Zahl der Beschäftigten festzustellen. Aus dem Aufsichtsbezirk Gießen wird erwähnt, daß die Anzahl der beschäftigten Knaben abnahm, während Mädchen in steigendem Maße beschäftigt wurden. Es hat dies nach der Meinung der Aufsichtsbeamten darin seinen Grund, daß die weiblichen Arbeitskräfte nicht bloß billiger, sondern auch leichter zu lenken und zu unterweisen sind. Auch ist wieder nach der Meinung des Inspektors zu berücksichtigen, daß von alters her die Arbeit in den Cigarrenfabriken derjenigen in anderen Erwerbszweigen von den männlichen Arbeitern nicht gleichgeachtet wird. Man sieht auf den Cigarrenarbeiter als „Fabrikler“ etwas stolz herab, und deshalb wählen beim Verlassen der Schule die jungen Leute meist andere Berufswarten.

Der Beamte für Gießen vergleicht die neu eingeführten Lohnzahlungsbücher mit dem bekannten Messer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt; ihr Zweck ist in seinem Aufsichtsbezirk nicht erreicht und wird es auch nicht. Er führt zum Beleg seiner auch von uns geteilten Ansicht an, daß die weiblichen minderjährigen Arbeiter einer größeren Cigarrenfabrik die ihnen überreichten Lohnzahlungsbücher einhellig mit dem Bemerkung zurückwiesen, sie bedürfen keiner Kontrolle! Als wertvoller Beleg des eigentlichen Nutzens und des hohen sozialpolitischen Wertes der Lohnzahlungsbücher sei ihr Lob durch einen Fabrikanten angeführt, daß er nunmehr der vielen Fragen der Steuerbehörde enthoben sei, der er nunmehr nur diese Bücher zur Klärstellung vorlege. Wenn sich die Steuerbehörden allgemein dieser Vorteile bewußt werden, können wir erwarten, daß unsere amtlichen „Sozialpolitiker“ bemüht sein werden, auch für die erwachsenen Lohnzahlungsbücher einzuführen und so das lang ersehnte Ziel erreichen, daß jeder Arbeiter sein Arbeitsbuch habe.

Die Zahl der Arbeiterinnen in der Cigarrenindustrie nimmt trotz der Bundesratsverordnung, welche die Erziehung der Arbeiterinnen durch Arbeiter beabsichtigte, auch im Großherzogtum Hessen immer mehr zu. So berichtet der Gießener Aufsichtsbeamte, daß im Jahre 1901 in den Cigarrenfabriken 40 Arbeiterinnen mehr gezählt wurden.

Der Prozentsatz der erwachsenen weiblichen Arbeiter betrug in der Gesamtindustrie dieses Gewerbeaufsichtsbezirks 17,3 Proz., in der Cigarrenindustrie dagegen 68,3 Proz. So sieht man trotz der einst z. B. von Sombart so viel gerühmten Bundesratsverordnung die Cigarrenindustrie immer mehr zur Domäne der weiblichen Arbeiter werden, während die Männer immer mehr aus ihr hinausgedrängt werden. Von 713 verheirateten Arbeiterinnen im Bezirk Gießen kamen 674 auf die Cigarrenfabrikation, somit waren mehr als 94½ Proz. aller verheirateten, in der Industrie tätigen Frauen als Cigarrenarbeiterinnen beschäftigt! Von den 53 Cigarrenfabriken des Gießener Bezirks lagen 19 in der Stadt, 84 in der Umgebung derselben. Die Gesamtzahl der Cigarrenarbeiter in der Stadt Gießen betrug 1109, die Zahl derselben in den 34 Fabriken des Landkreises 307, somit zusammen 1416.

Eine Fabrik ließ ihren Betrieb eingehen, da sich die Mädchen dort nicht zur Cigarrenfabrikation eigneten. Die Arbeiterinnen suchten in den landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung bei gleichen Löhnen und freier Kost. Im Winter lehrten 150 zurück und werden deshalb Wintervögel genannt. Die Arbeitszeit war durchschnittlich der Arbeitsordnung nach zehn Stunden, in Wirklichkeit aber 9 bis 9½ Stunden. Es hielten im Jahre 1901 von 588 Arbeiter in 8 Fabriken 407 die Arbeitsstunden nach der offiziellen Erhebung nicht inne, die Versäumnis betrug pro Kopf 1 Stunde. In einer Cigarrenfabrik mit 40 Arbeitern versäumten im Monat September 21 zusammen 50 Tage, in einer anderen Cigarrenfabrik mit 88 Arbeitern 48 zusammen.

143 Tage, was aus der Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie zu erklären sein dürfte.

Von den 640 Arbeitern, die ununterbrochen in der Cigarrenindustrie beschäftigt waren, hatten in derselben eine fortdauernde Beschäftigung aufzuweisen:

von mehr als 25 Jahren	50	=	7,8 Proz.
20—25	57	=	8,9 "
" 10—20	122	=	19,0 "
" 5—10	205	=	32,1 "
" weniger als 5	206	=	32,2 "

Für die Jahre 1888 bis 1901 sind die Arbeiterzahlen des Aufsichtsbezirks Gießen angegeben, wir geben hier die Zahlen für 1888 und 1901 wieder:

Es waren thätig	Fabriken		Arbeiter		Arbeiterinnen	
	1888	1901	erwachsene	jugendl.	erwachsene	jugendl.
in der Stadt Gießen . .	15	19	364	291	30	20
in der Umgeb. v. Gießen	15	34	140	146	22	20
außerh. d. Kreises Gießen	6	11	47	76	6	7
			34	30	1	1

Wir ersehen hieraus eine starke Steigerung der Betriebe von 36 im Jahre 1888 auf 64 im Jahre 1901, dabei einen Rückgang der erwachsenen männlichen Arbeiter von 551 auf 513, ebenso der männlichen jugendlichen Arbeiter von 58 auf 47, somit der männlichen Arbeiter überhaupt von 609 auf 560, während die Zahl der weiblichen Arbeiter wuchs von 1276 auf 1920, und zwar die der erwachsenen Arbeiterinnen von 1131 auf 1728, die der jugendlichen von 163 auf 242. Diese Zahlen sind überaus lehrreich für die Entwicklungstendenzen in der Cigarrenindustrie, noch eindrucksvoller wäre aber der Abdruck der ganzen Tabelle, die über die Schwankungen in der Beschäftigungsdauer und damit über die Unsicherheit der Existenz in unserem Berufe eindrücklich belehrt. Ein Beispiel möge das illustrieren: Es wurden in der Umgebung Gießens beschäftigt je am 1. Oktober: 1896: 920; 1897: 916; 1898: 1003; 1899: 935; 1900: 952 erwachsene Arbeiterinnen, 1888: 85; 1889: 139; 1892: 106; 1894: 98; 1895: 157; 1896: 137; 1897: 126; 1898: 153 jugendliche Arbeiterinnen! Bei der großen Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, die doch einen größeren Schutz genießen als die im wesentlichen ungeschützten männlichen Arbeiter, ist es bei der Nichtachtung des Arbeiterschutzes durch die Unternehmer selbstverständlich, daß Übertragungen nicht selten vorkommen. Es ist bei der großen Belastung unserer Fabrikinspektion nicht möglich, genau diese Thatsachen festzustellen, besuchten doch bestenfalls die Aufsichtsbeamten nur zweimal im Jahre die Fabriken, so daß es ihnen nicht möglich ist, all das, was in 300 Arbeitstagen dem Gesetz zuwiderr geschieht, festzustellen.

Über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen äußert sich ein Fabrikinspektor folgendermaßen: Cigarrenfabrikanten hatten ohne Erlaubnis die Arbeiterinnen an Sonnabenden nach 5½ Uhr mit dem Steinigen beschäftigt, sie wurden von der Gewerbeinspektion angewiesen, die kreisamtliche Erlaubnis für Überarbeit an Sonntagen einzufordern, der Fabrikant setzte nun den Schluss auf 5 Uhr an, mit der Begründung, daß diejenigen Personen, die das Steinigen besorgen, die Möglichkeit gegeben sei, die Fabrik um 5½ Uhr zu verlassen.

## Die deutschen Gewerkschaften vor dem Sozialistengesetz.

Wie die politische, so nahm auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ihren Ursprung in Leipzig. Gerade zwei Jahre, nachdem sich die Leipziger Arbeiter um Beistand und Rat an Ferdinand Lassalle gewandt hatten, im Frühjahr 1865, brach ein Sezertstreit in Leipzig aus. Es war allerdings nicht der erste Streit in Deutschland überhaupt, aber doch der erste Streit, der die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich lenkte. Während sonst noch überall in Deutschland Koalitionsverbote bestanden, hatte die sächsische Gewerbeordnung vom Jahre 1861 sie beseitigt. Jedoch der Versuch der Leipziger Sezert, die neue Waffe zu gebrauchen, glückte erst halb; sie errangen nur einen Teil der Lohn erhöhung, um die sie kämpften, da es den Buchdruckereibesitzern gelang, Streikbrecher in genügender Zahl nach Leipzig zu ziehen.

Gleichzeitig nahmen die Berliner Arbeiter den Kampf um die Koalitionsfreiheit auf. Sie hatten noch eben erst

der Fortschrittspartei willige Heerfolge gegen Lassalle geleistet, und es war gerade der gehässige Widerstand der berühmten „Volksmänner“ gegen die Koalitionsfreiheit, der den Berliner Arbeitern zuerst die Augen über ihre Klasseninteressen öffnete. Obgleich die Koalitionsfreiheit die einfache Konsequenz der liberalen Wirtschaftsordnung ist, so wollten die Fortschrittmänner sie doch nur bewilligen mit besonderen Strafbestimmungen gegen ihren „Missbrauch“, worauf sich die Berliner Arbeiter natürlich nicht einließen. In großen Volksversammlungen drückten sie so energisch auf die „edlen Volksfreunde“, die ihnen ein X für ein U machen wollten, so daß es Mitte Februar im preußischen Abgeordnetenhaus zu der dreitägigen Koalitionsdebatte kam, in der die fortschrittliche Mehrheit einen ebenso krassen Mangel an dem einfachsten sozialpolitischen Verständnis bewies, wie die reaktionäre Minderheit.

Dagegen hatten die Leipziger wie die Berliner Arbeiter in diesen Kämpfen einen treuen Verbündeten, nämlich das einzige sozialdemokratische Blatt, das damals in Deutschland erschien, den Sozialdemokraten, den der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, die von Lassalle gestiftete Arbeiterorganisation, dreimal wöchentlich herausgab. Sowohl den Leipziger Sezern in ihrem Streit, als auch den Berliner Arbeitern in ihrem Kampf um das Koalitionsrecht stand die „Hbst noch sehr junge und schwache Sozialdemokratie unerschütterlich zur Seite, nicht mit demagogischer Über-, aber auch nicht mit demagogischer Unterschätzung des Koalitionsrechtes. Um das Gerede der bürgerlichen „Arbeiterfreunde“ von heute zu widerlegen, als sei die Sozialdemokratie je eine Gegnerin der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewesen, braucht man nur das sozialdemokratische Organ aus dem Jahre 1865 mit der damaligen bürgerlichen Presse zu vergleichen, nicht etwa mit der Kreuzzeitung oder sonstigen konservativen Blättern, sondern mit den feinsten Blättern der damaligen bürgerlichen Demokratie, mit der Berliner Volkszeitung, die nach einer kriminellen Bestrafung des von Arbeitern begangenen Kontrabuchs schrie, oder mit der Frankfurter Zeitung, die das Streikbrechen als eine höchst verdientliche That pries. Wenn diese und ähnliche Blätter heute einiges Verständnis der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gefunden haben, und es nun gleich verwenden, um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse gegen ihre politische Organisation aufzuheben, so vergesse man nicht, daß ihnen dies Verständnis erst in jahre- und Jahrzehntelanger mühsamer Arbeit von der sozialdemokratischen Presse eingepaukt worden ist.

Hieraus ergibt sich denn auch sofort, weshalb die gewerkschaftliche Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in deren ersten fünfzehn Jahren weit hinter ihrer politischen Entwicklung zurückblieb. Die deutsche Bourgeoisie verweigerte den deutschen Arbeitern hartnäckig die Rechte, die sie ihnen nach ihren eigenen Bourgeoisprinzipien hätte erkämpfen müssen; sie verweigerte ihnen Pres-, Vereins- und Versammlungs-, Koalitionsfreiheit; wollten die deutschen Arbeiter sich überhaupt als Klasse gewerkschaftlich und politisch organisieren, so mußten sie sich erst die Rechte erkämpfen, die in anderen vorgeeschrittenen Ländern von der Bourgeoisie zunächst in deren eigenem Interesse, aber dann auch für die Arbeiter mit erkämpft worden waren.

Selbst wenn die gewerkschaftliche Organisation das einzige Ziel der modernen Arbeiterklasse wäre, wie sie es freilich nicht ist, so hätten die deutschen Arbeiter in den sechziger und siebziger Jahren den politischen Kampf führen müssen, den sie tatsächlich geführt haben, eben um die unerlässlichen Voraussetzungen einer Gewerkschaftsbewegung zu schaffen.

Unter diesen Umständen war es nicht ein lämmlicher, sondern ein sehr bedeutender Erfolg, daß im Jahre 1878 immerhin schon 50 000 deutsche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse, gegenüber einem raffinierten System polizeilicher Unterdrückung, das die Arbeiter immer wieder gewaltsam aufs politische Gebiet zurückwarf, wenn sie sich auf gewerkschaftlichem Gebiet anzusiedeln gedachten, hatten sich die deutschen Gewerkschaften doch ein nicht geringes Terrain erobert. Manche der Männer, die sich damals durch die zähste Energie und Kraft um die gewerkschaftliche Bewegung verdient gemacht haben, leben heute ja noch unter uns, so Motteles, der vor gerade dreißig Jahren die unglaublichen Chikanen, unter denen die gewerkschaftliche Bewegung zu leiden hatte, einmal mit den Worten schilderte: „Vald nennt man uns eine Verbindung von Vereinen, die das

Gesetz verbiete, bald stempelt man uns zu politischen Ver- einen, um uns unter gewisse Gesetzesparagraphen bringen zu können. Bald stehen wir im Geruche, mit der Internationale zu gehen, und bald bedrohen wir die Ordnung dadurch, daß wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten be- fassen." An ein Aufhören dieser, bis zur kleinlichsten und peinlichsten Quälerei durchgeföhrten Drangsal war nicht zu denken, ehe die politische Arbeiterbewegung nicht zu einer wirklichen Macht im deutschen Leben geworden war. Aber als die herrschenden Klassen sich nicht mehr der Erkenntnis verschließen konnten, daß sie daran sei, eine wirkliche Macht zu werden, griffen sie zu einem brutalen Gewaltmittel und versuchten die Arbeiterbewegung mit dem polizeilichen Knüppel des Sozialistengesetzes tot zu schlagen.

Wie bekannt, sollte dieses Gesetz nur die "revolutionären Bestrebungen" der Arbeiterklasse treffen, aber ihre "friedlichen und geistlichen Bestrebungen" schonen. Aus dem Bourgeoisjargon in verständliches Deutsch übersetzt, heißt das: Die Ausnahmemaßregel soll die politischen Organisationen der Arbeiterklasse treffen, aber ihren gewerkschaftlichen Organisationen soll es kein Haar krümmen. So las man vor Tische, nach Tische kam es bekanntlich anders. Die gewerkschaftlichen Organisationen wurden weggerissen, wie die politischen, und es ist nicht bekannt geworden, daß damals einer der bürgerlichen Denker, die heute ihr glühendes Herz für das Gewerkschaftswesen so preislich vor sich hertragen, dem Gewaltmenschen Bismarck zugerufen hätte: Du thust Unrecht, und brichst Dein eigenes Wort.

Die Seiten der bittersten Not lehrten die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, daß sie keinen Freund auf der Welt haben, als ihre politischen Organisationen und umgekehrt.

## Glendsbilder.

Die Fränkische Post befaßt sich mit der vom Deutschen Tabakarbeiterverband im Jahre 1900 veranstalteten Enquête über Arbeiterverhältnisse in der Tabakindustrie und schreibt darüber unter anderem:

Zu den am meisten gedrückten Arbeitern gehören die Tabakarbeiter, wie auch die Cigarrenindustrie einer derjenigen Berufe ist, die nicht bloß relative, sondern auch faktische Verelendungsscheinungen aufweisen. Raum in einer Industrie tritt das Vordringen der Frauenarbeit so auffallend in die Erscheinung, wie in der Tabakindustrie, kaum in einer ist das staatliche Eingreifen zu Gunsten der Arbeiter von so geringem Erfolge zur Hebung der Arbeiterklasse begleitet gewesen wie hier.

Zu diesen Schlüssen kommt jeder, der die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten genau verfolgt. Bestätigt werden diese Erfahrungen durch eine dankenswerte statistische Arbeit, die eben vom deutschen Tabakarbeiterverbande herausgegeben wurde: Ergebnisse einer im Jahre 1900 vom deutschen Tabakarbeiterverbande veranstalteten Enquête, die von C. Deichmann bearbeitet wurde und auf 184 Seiten eine reiche Fülle von Material zur Beurteilung der Verhältnisse in der Tabakindustrie enthält.

Die Erhebung erfreut sich hauptsächlich auf die Gartenfabrikation, gegenüber der alle anderen Zweige der Tabakindustrie zurücktreten. Grauenhafte Zustände werden durch diese Enquête aufgedeckt, ein Bild schrankenloser Ausbeutung enthüllt sich vor unserem Auge. Mit Recht sagt der Bearbeiter der Erhebung, daß zweifellos die deutschen Tabakarbeiter, wenn sie sich nicht zu gemeinsamem und energischem Widerstand aufraffen, der absoluten Verelendung preisgegeben werden. Mit Hungerlöhnen im traurigsten Wortsinne werden die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen für ihre Mühen schon heute abgespeist. Diese Worte beziehen sich auf die Enquête, deren Material gesammelt wurde, als die Prosperitätsperiode ihren Höhepunkt erreicht hatte; seitdem hat die Krise selbst diese Löhne fast überall auf ein noch tieferes Niveau herabgedrückt....

Charakteristisch und erwähnenswert ist für die Tabakindustrie des ganzen deutschen Reiches, daß in den Großbetrieben mit 21 und mehr Arbeitern das weibliche Element überwiegt im Gegensatz zu den Betrieben, die weniger als 20 Arbeiter beschäftigen. Diese Thatsache lädt darauf schließen, daß in diesen Großbetrieben, die doch unbestreitbar an und für sich weit konkurrenzfähig sind als jene kleineren, die Rohdruckerei am ärgsten betrieben wird. Unter den in Bayern ermittelten Betrieben waren 4 mit je 1—5, 3 mit je 6—10, 5 mit je 11—20, 6 mit je 21—50, 14 mit 51—200 Arbeitern, endlich einer mit 481 Arbeitern. Betrachten wir uns das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Arbeitern in diesen Betrieben. Es kamen in den Betrieben mit 20 und weniger Arbeitern auf 31 männliche 89 weibliche, somit auf einen männlichen ca. drei weibliche, dagegen in den Großbetrieben auf 520 männliche 1628, somit eine stärkere Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft im Verhältnis zur männlichen, in dem einzigen Betrieb dieser Branche, der in Bayern mehr als 200 Arbeiter beschäftigt, kamen auf bloß 46 Arbeiter 435 Arbeiterinnen, somit auf einen männlichen Beschäftigten 9—10 weibliche!

Das Blatt behandelt dann speziell die Lohnziffern für Bayern und kommt dann zu folgendem Schluß: Nicht bloß für die Tabakarbeiter sind die angeführten Zahlen lehrreich, sie sind für alle Proletarier ein lehrreicher Ausschnitt aus dem Vide der besten der Welten. Wer nicht ebenso verelendet will, der wehre sich seiner Haut, der kämpfe für bessere Zustände im Vereine mit seinen Berufsgenossen in der Gewerkschaft, im Vereine mit seinen Klassenengenossen in der sozialdemokratischen Partei.

## Der Begriff der sozialen Revolution.

Es gibt wenige Begriffe, die so viel umstritten sind, wie der der Revolution. Dies kann man zum Teile dem Umstande zuführen, daß keiner bestehenden Interessen und Vorurteilen so zuwider ist, wie dieser, zum Teil aber auch dem Umstande, daß wenige so vieldeutig sind wie er.

Zwischen zwei Feuer gerät das Centrum immer mehr mit seiner unseligen Brotrinderpolitik. Der katholischen Arbeiter wegen darf es nicht wagen, sich ganz in die Arme der extremen Agrarier zu werfen; aber "etwas" muß es doch im angeblichen Interesse seiner Bauern thun. So hat es die "Mittelstraße" des Kompromisses in der Getreidezollfrage gewählt. Dieser Mittelweg ist aber nicht golden, sondern dorrig. Auf der einen Seite sind die Arbeiter auch mit der "milden" Belastung nicht einverstanden und besonders in der Gegend von Düsseldorf rumort es unter ihnen gewaltig. Andererseits drohen die Centrumsbauern mit dem Abmarsch ins ein agrarische Lager des Bundes der Landwirte. So wird die Situation des Centrums immer bedenklicher. Die Religion allein wird, da der Druck des "Kulturmäßiges" nicht mehr wirkt, nicht lange mehr den genügenden Zusammenschluß bilden können für so gegeneinander laufende Sömungen wirtschaftlich-sozialer Natur, wie sie jetzt im Centrum sich bemerkbar machen.

\* Wir entnehmen diesen Artikel einer im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen neuen Schrift Karl Kautsky's über die Soziale Revolution. Die Schrift gelangt in zwei geförderten Broschüren zur Ausgabe: I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution.

gänge, die ungeheuer verzweigt sind und immer verzweiter werden, je weiter die Gesellschaft fortschreitet, das heißt je mannigfaltiger die Formen des Zusammenwirkens der Menschen werden. Und zu den verzweitesten Vorgängen gehört der einer sozialen Revolution, das heißt einer völligen Umwälzung der überkommenen Formen des Zusammenwirkens der Menschen.

Kein Wunder, daß dieses Wort, das jeder gebraucht, fast von jedem in einem anderen Sinne, von demselben zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Sinne gebraucht wird. Die einen verstehen darunter Barrikaden, Niederbrennen von Schlössern, Guillotinen, Septembermorde, die Vereinigung aller denkbaren Schrecklichkeiten. Andere möchten dem Wort jeden Stachel nehmen und es nur im Sinne großer, aber unmerkbarer, friedlicher Umgestaltungen der Gesellschaft betrachten, wie etwa jene, welche durch die Entdeckung Amerikas oder durch die Erfindung der Dampfmaschine erzeugt wurden. Zwischen diesen beiden Extremen steht es noch mannigfache Zwischenstufen.

März bezeichnet in seiner Vorrede zur Kritik der politischen Ökonomie als soziale Revolution die langsamere oder raschere Umwälzung des ganzen ungeheuren juristischen und politischen Überbaues der Gesellschaft, die aus der Veränderung ihrer ökonomischen Grundlagen hervorgeht.

Halten wir an dieser Definition fest, so scheidet aus dem Begriff der sozialen Revolution von vornherein die "Veränderung der ökonomischen Grundlagen" aus, wie sie etwa die Dampfmaschine oder die Entdeckung Amerikas hervorbrachte. Diese Veränderung ist die Ursache der Revolution, nicht die Revolution selbst.

Aber bei dieser Definition der sozialen Revolution möchte ich nicht stehen bleiben. Man kann sie auch in einem engeren Sinne fassen. Dann bedeutet nicht jede Umwälzung des juristischen und politischen Überbaues der Gesellschaft eine Revolution, sondern es ist eine besondere Form oder eine besondere Methode der Umwälzung, die man darunter versteht.

Jeder Sozialist strebt die soziale Revolution in weiterem Sinne an, und doch gibt es Sozialisten, welche die Revolution verwerfen und die soziale Umwälzung nur durch die Reform erreichen wollen. Man sieht der sozialen Revolution die soziale Reform entgegen. Dieser Gegensatz ist es, der heute in unseren Reihen diskutiert wird. Nur von der sozialen Revolution in diesem engeren Sinne, als besondere Methode der sozialen Umwälzung, will ich hier handeln.

Der Gegensatz zwischen Reform und Revolution liegt nicht darin, daß in dem einen Falle Gewalt angemessen wird, in dem anderen nicht. Jede juristische und politische Maßregel ist eine Gewaltmaßregel, die durch die Gewalt des Staates durchgesetzt wird. Auch besondere Arten der Gewaltanwendung — Strafkämpfe oder Hinrichtungen — bilden nicht das Wesentliche einer Revolution im Gegensatz zur Reform. Sie entspringen besonderen Umständen, sind nicht notwendig mit einer Revolution verbunden und können Reformbewegungen begleiten. Die Konstituierung der Abgeordneten des dritten Standes als Nationalversammlung Frankreichs am 17. Juni 1789 war eine eminent revolutionäre That ohne jede äußerliche Gewalttatigkeit. Daselbe Frankreich hatte dagegen 1774 und 1775 große Insurrektionen gesehen, zu dem einzigen, feineswegs revolutionären Zweck, eine Brottoare zu erreichen, die der Broterzeugung ein Ende machen sollte!

Der Hinweis auf die Strafkämpfe und Hinrichtungen als Merkmale der Revolution ist aber zugleich ein Hinweis auf die Quelle, aus der wir uns Belehrung über das Wesen der Revolution holen können. Die große Umwälzung, die in Frankreich 1789 begann, ist der klassische Typus jeder Revolution geworden. Sie hat man vor allem im Auge, wenn man von Revolution spricht. An ihr können wir das Wesen der Revolution und auch ihren Gegensatz zur Reform am besten studieren. Der Revolution war eine Reihe von Reformversuchen vorhergegangen, darunter am bekanntesten die Turgots; Versuchen, die in vieler Beziehung dasselbe anstreben, was dann die Revolution durchführte. Was unterschied aber die Reformen Turgots von den entsprechenden Maßregeln der Revolution? Zwischen beiden lag die Eroberung der politischen Macht durch eine neue Klasse. Darin liegt der wesentliche Unterschied zwischen Revolution und Reform. Maßregeln, die dahin streben, den juristischen und politischen Überbau der Gesellschaft den veränderten ökonomischen Bedingungen anzupassen, sind Reformen, wenn sie von den Klassen ausgehen, die bis dahin die Gesellschaft politisch und ökonomisch beherrschten — sie sind Reformen, auch wenn sie nicht freiwillig gegeben, sondern durch das Andrängen der beherrschten Klassen oder durch die Macht der Umstände abgerungen werden —; dagegen sind derartige Maßregeln Ausflüsse einer Revolution, wenn sie von einer Klasse ausgehen, die bisher ökonomisch und politisch unterdrückt gewesen, und die nun die politische Macht erobert hat, welche sie in ihrem eigenen Interesse notwendigerweise dazu benutzen muß, den ganzen politischen und juristischen Überbau langsamer oder schneller umzuwälzen und neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens zu schaffen.

Die Eroberung der Staatsgewalt durch eine bis dahin unterdrückte Klasse, also die politische Revolution, ist demnach ein wesentliches Merkmal der sozialen Revolution im engeren Sinne, im Gegensatz zur sozialen Reform. Wer die politische Revolution als Mittel der sozialen Umwälzung prinzipiell ablehnt, aber diese auf solche Maßregeln beschränken will, die von den herrschenden Klassen zu erlangen sind, der ist ein Sozialreformer, wie sehr auch sein gesellschaftliches Ideal der bestehenden Gesellschaftsform entgegengesetzt sein mag. Dagegen ist jeder ein Revolutionär, der dahin strebt, daß eine bisher unterdrückte Klasse die Staatsgewalt erobert. Er verleiht diesen Charakter nicht, wenn er diese Eroberung durch soziale Reformen, die er den herrschenden Klassen abzuringen sucht, vorbereiten und beschleunigen will. Nicht das Streben nach sozialen Reformen, sondern die ausgesprochene Beschränkung auf sie, unterscheidet den Sozialreformer vom Sozialrevolutionär. Andererseits wird nur jene politische Revolution zu einer sozialen Revolution, die von einer bisher gesellschaftlich unterdrückten Klasse ausgeht, welche gezwungen ist, ihre politische Emancipation durch ihre soziale zu vollenden, da ihre bisherige gesellschaftliche Stellung im unvereinbaren Gegensatz steht zu ihrer politischen Herrschaft. Ein Sozial-

innerhalb der herrschenden Klassen, er mag noch so sehr die gewaltthätigen Formen eines Bürgerkrieges annehmen, ist keine soziale Revolution.

## Rundschau.

Die reichsgerichtliche Krankenversicherung umfaßte im Jahre 1900 in 23 021 Kassen 9 520 763 Personen. Während die Bevölkerung des deutschen Reiches seit 1895 um 7,8 Proz. angewachsen ist, hat sich in demselben Zeitraum die Zahl der gegen Krankheit Versicherten um 26,5 Proz. gehoben, so daß auf Grund des Reichsgesetzes 16,1 Proz. der gesamten Bevölkerung gegen Krankheit versichert sind. Ausgegeben wurden 1900 für 3 679 285 Erkrankungsfälle mit 64 916 827 Krankheitstage, an Krankheitskosten 157 865 199 Mark; von letzteren entfallen 44 Proz. auf das Krankengeld, 22 Proz. auf ärztliche Behandlung und 17 Proz. auf Arznei und sonstige Heilmittel. Auf ein Mitglied kamen 0,39 Erkrankungsfälle, 6,82 Krankheitstage und 16,58 Mt. Krankheitskosten. Beimerk sei hierzu, daß nur diejenigen Erkrankungen gezählt sind, die mit Erwerbsfähigkeit verbunden waren, für die also Krankengeld gezahlt oder Behandlung im Krankenhaus gewährt wurde. Das angesammelte Vermögen aller Kassen beläuft sich auf rund 156 Mill. Mark, wovon den Orts- und Betriebskassenfassen je 43 Proz., den eingeschriebenen Hilfskassen 10 Proz. gehören.

Die amtliche Statistik der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1901 ist nun auch erschienen, nachdem die der Generalkommision vorausgegangen. Die amtliche Berliner Korrespondenz bemerkt vorsichtigerweise dazu: Die Ergebnisse der amtlichen deutschen Streikstatistik sind mit den vor kurzem veröffentlichten Ziffern der gewerkschaftlichen Statistik nur schwer vergleichbar, da die Zählung der Streikfälle, ihre Unterscheidung in Einzelstreiks und Gruppenstreiks in beiden Statistiken nach verschiedenen Grundsätzen erfolgt, in den amtlichen Feststellungen z. B. nur die Höchstzahl der gleichzeitig, in den gewerkschaftlichen Ermittlungen hingegen die Gesamtzahl der überhaupt während der Dauer der Arbeitseinstellung, unter Umständen also auch nacheinander, streikenden Arbeiter erfaßt wird, und dergleichen mehr.

Amtlicherseits werden für das Berichtsjahr 1901 im ganzen 1071 Streiks (gegen 1462 im Vorjahr) gezählt, von denen 29 bereits vor dem 1. Januar 1901 begonnen hatten und 15 am 31. Dezember 1901 noch nicht beendet waren. Von den 1056 im Laufe des Jahres 1901 zur Beendigung gelangten Streiks — im Vorjahr betrug die Zahl dieser Streiks 1433 — wurden 5461 Betriebe (gegen 7740 im Vorjahr) mit insgesamt 141 220 (1900: 298 819) beschäftigten Arbeitern betroffen. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden belief sich auf 55 262 (1900: 122 903) Personen. Infolge von Streiks wurden 7420 (1900: 907) Arbeiter zum Feiern gezwungen. Angriffsstreiks werden 697 (1900: 1127), Abwehrstreiks 359 (1900: 306) gezählt. Vollen Erfolg hatten die Streikenden in 200 (1900: 275), teilweise Erfolg in 285 (1900: 505), überhaupt keinen Erfolg in 571 (1900: 653) Fällen. Eine Anzahl von Textübersichten bringt, wie in den Vorjahren, die Streikbewegung des Berichtsjahrs unter verschiedenen Gesichtspunkten zur ziffernmäßigen Darstellung. Neu hinzugekommen ist eine Übersicht, die für die von den Streikenden gestellten Forderungen im einzelnen den Nachweis erbringt, wie oft, in wie viel Betrieben und von wie viel Streikenden dieselben innerhalb der verschiedenen Gewerbegruppen aufgestellt, und in wie viel Fällen, in wie viel Betrieben und wie viel Streikenden gegenüber sie voll, teilweise oder überhaupt nicht bewilligt worden sind.

Wie für das Vorjahr, so werden auch für das Jahr 1901 insgesamt 38 begonnene und 35 beendete Aussperrungen nachgewiesen. Von den letzteren wurden im Berichtsjahr 238 (1900: 607) Betriebe mit 7980 (1900: 22 462) beschäftigten Arbeitern betroffen. Die Höchstzahl der gleichzeitig Aussperrten betrug 5414 (1900: 9085), außerdem wurden 95 (1900: 226) Personen zum Feiern gezwungen. Von den beendeten Aussperrungen brachten den Arbeitgebern 16 vollen, 8 teilweise und 11 überhaupt keinen Erfolg; die entsprechenden Zahlen im Vorjahr waren 13, 17 und 5.

Ein Fiasko der klerikalen Sozialpolitik. Durch die offiziöse Presse wurde jüngst angekündigt, daß die Reichsregierung bei der nächsten Gelegenheit die Abschaffung der Lohnzahlungsbücher vorschlagen werde. Die Lohnzahlungsbücher verdanken die Arbeiter dem "größten" Sozialpolitiker des Centrums, dem frommen Professor Dr. Hitzig. Er beantragte die Einführung der Lohnzahlungsbücher, um durch sie die heranwachsende Arbeiterjugend unter die Autorität ihrer Eltern zurückzuführen und den jungen Leuten die Vergedung ihres Arbeitslohns" unmöglich zu machen. Dem stimmten selbstverständlich alle "staatserhaltenen" Parteien zu. Die Sozialdemokraten stimmten bekanntlich gegen dieses neue Zwangsmittel, weil sie sich von demselben keinen Nutzen versprechen könnten. Und daß sie recht hatten, müssen jetzt sogar die preußischen Gewerbebehörden bestätigen auf Grund der Erfahrungen, die seitdem mit den Lohnbüchern gemacht wurden. Die Lohnzahlungsbücher werden auch von dem größten Teil der Unternehmer als eine ganz zivile und schwere Belästigung bezeichnet; es ist deshalb wohl möglich, daß mit ihnen kurzer Prozeß gemacht wird.

Zwischen zwei Feuer gerät das Centrum immer mehr mit seiner unseligen Brotrinderpolitik. Der katholischen Arbeiter wegen darf es nicht wagen, sich ganz in die Arme der extremen Agrarier zu werfen; aber "etwas" muß es doch im angeblichen Interesse seiner Bauern thun. So hat es die "Mittelstraße" des Kompromisses in der Getreidezollfrage gewählt. Dieser Mittelweg ist aber nicht golden, sondern dorrig. Auf der einen Seite sind die Arbeiter auch mit der "milden" Belastung nicht einverstanden und besonders in der Gegend von Düsseldorf rumort es unter ihnen gewaltig. Andererseits drohen die Centrumsbauern mit dem Abmarsch ins ein agrarische Lager des Bundes der Landwirte. So wird die Situation des Centrums immer bedenklicher. Die Religion allein wird, da der Druck des "Kulturmäßiges" nicht mehr wirkt, nicht lange mehr den genügenden Zusammenschluß bilden können für so gegeneinander laufende Sömungen wirtschaftlich-sozialer Natur, wie sie jetzt im Centrum sich bemerkbar machen.

Gegen die Erhöhung der Tabaksteuer wendet sich der Bericht der Mindener Geschäftskammer mit folgenden Sätzen:

"Sollte eine Erhöhung des Zolls auf überseeische Tabake

zum neuen Zolltarif beschlossen werden, so ist heute schon bestimmt vorauszusehen, daß in unserem Bezirk eine große Anzahl von Betrieben eingestellt und die Hälfte aller Cigarrenarbeiter brotlos wird. Das wäre für unsere Landkreise ein wirtschaftliches Unglück, da sehr viele Cigarrenarbeiter Heimarbeiter sind, die nebenher ihre kleine Landwirtschaft betreiben. Die Tabakindustrie ist wohl berechtigt, dringend zu verlangen, daß die Tabakzollprojekte endgültig unterbleiben, damit nicht immer und immer wieder die Industrie und ihre Arbeiter beunruhigt werden."

Und im Bericht der Dresdener Handelskammer heißt es: „Wie schon vielen Jahren wurde auch im Berichts-Jahr die Tabakindustrie wieder durch Anträge auf Zoll erhöhungen beunruhigt, diesmal durch den agrarischen Antrag, den Zoll für Rohtabake von 85 M. auf 125 für den Doppelcentner zu erhöhen, während die inländische Steuer von 45 M. unverändert bleiben sollte. Durch Annahme eines solchen Antrages würde die sächsische Tabak-Industrie, die fast ausschließlich aus Landwirtschaftliche Tabake verarbeitet, außerordentlich geschädigt werden. Auch die Reichsfinanzen würden durch eine solche unterschiedliche Behandlung der in- und ausländischen Tabake eine schwere Einbuße erleiden, so daß hoffentlich schon deshalb jede Änderung der bestehenden Tabakzölle und -Steuern abgelehnt wird.“

## Gewerkschaftliches.

**Berlin.** Achtung! Cigarrensortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Treskowstraße 46, Hof links wenden.

**Bielefeld.** Durch Unterhandlung wurden die Differenzen bei der Firma Schulte u. Co. zu Gunsten der Arbeiter erledigt.

**Burgsteinfurt.** Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma Major die Forderungen noch nicht bewilligte. Man möge demgegenüber entsprechend handeln.

**Dresden.** Der Buzug nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Donath u. Jäger Differenzen auszubrechen drohen.

**Düsseldorf.** Diejenigen Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten beabsichtigen, werden laut Beschluss der hiesigen Mitgliederversammlung ersucht, sich vorher mit dem 1. Bevollmächtigten Josef Neithner, Ratinger Straße 19, II., in Verbindung zu setzen.

**Ergersleben.** Buzug nach hier ist streng fernzuhalten, indem sich die Kollegen im Streit befinden. Der Bevollmächtigte.

**Gotha.** Diejenigen Kollegen, welche hier in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse wegen Auskunft an nachstehende Adresse wenden: H. Steindorf, Mohrenstr. 2, H. I.

**Achtung!** Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Rendsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Hecken, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

**Achtung, Cigarrenarbeiter!** Buzug nach Hastedt bei Bremen ist fernzuhalten.

**Mainz.** Buzug nach hier ist fernzuhalten, indem bei der Firma Jennewein ein Kollege gemahngeregt wurde. Der Fabrikant äußerte, daß noch mehr abkommen könnten.

**Ohlau.** Die Differenz bei der Firma Buttke ist durch Verständigung mit den Sortierern behoben. Angesichts der kritischen Lage für die Sortierer und Kistenmacher hier am Orte werden die Kollegen allerorts ersucht, bis auf weiteres Ohlau zu meiden.

**Ratibor.** Achtung, Sortierer! Der Buzug nach Ratibor ist wegen Lohnreduzierung bis auf weiteres streng fernzuhalten.

**Nathenow.** Bei der Firma Zeuch bestehen Lohndifferenzen und ist deshalb Buzug streng zu vermeiden.

**Andreas Wickertshain.** Die Firma Buttke ist bereit, Auskunft zu erteilen.

**Schoest.** Buzug bei der Firma Hoffmann u. Co. ist streng fern zu halten, da hier bei den Sortierern Differenzen bestehen.

**Trier.** Achtung! In der Cigarrenfabrik von Gebr. Mühlensiek haben Cigarrenarbeiter und Wickelmacher am 10. Mai wegen Lohndifferenzen und Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Auch geht man darauf aus, die Organisation zu vernichten. Es wird vor Buzug streng gewarnt.

**Wusterhausen a. D.** Kollegen, welche gedenken hier in Arbeit zu treten, möchten sich in ihrem eigenen Interesse erst an den 1. Bevollmächtigten, Ernst Seltmann, Am Markt 23, wenden.

**Ein neues Gewerkschaftsblatt** erscheint vom 5. Juli ab im Verlage der Verbandsbuchdruckerei der Metallarbeiter, Alexander Schule u. Cie. in Stuttgart: Der Schläger, Organ für die Interessen der gesamten Blattmetallgewerbe und für die Publikationen der bestehenden Tarifkommissionen. Das Blatt ist für die Feingold-, Aluminium-, Silber- und Metallschläger bestimmt. Es soll wöchentlich erscheinen.

Die „gelbe Gewerkschaftsorganisation“ in Frankreich, die erst kürzlich ihren ersten Kongress abgehalten, hat sich gänzlich gespalten. Die dunklen Ehrenmänner der Pariser „Unabhängigen Arbeitsbörse“ sind einander in die Haare geraten. Der Obergründer der gelben Organisation, Lanoir, und der später hinzugekommene sozialistische Renegat Biétry, werfen einander die düftigsten Beschuldigungen an den Kopf. Letzterer enthüllt unter anderen den Schwindel der offiziellen Mitgliederzahlen der gelben Gewerkschaften. Lanoir selbst steht demnach an der Spitze einer „Gewerkschaft“, deren einziges Mitglied der ist. Biétry und Konkurrenten sind nun aus der gelben „Arbeitsbörse“ ausgetreten, um sich zu einer „Nationalen Föderation der Gelben Frankreichs“ aufzuhüften. Das Programm der letzteren ist natürlich ebenso unternehmerfreundlich und von Harmoniedusselei durchdrungen, wie dasjenige der Lanoir-Leute. Die Gelben Nr. 2 haben auch Mittel gefunden, um sofort ein zweimal wöchentlich erscheinendes Organ: Der unabhängige Arbeiter, veröffentlichten zu können.

Der Dänische Arbeitersmanns-Verband hielt vom 19. bis 22. Juni seinen Verbandstag in Kopenhagen ab. Es waren 139 Delegierte von 97 Abteilungen erschienen, die 22.729 Mitglieder repräsentierten. Der Verband hat in

den letzten zwei Jahren trotz der allgemeinen Geschäftslage um 1422 Mitglieder zugemommen. Die überaus günstige Entwicklung dieser Organisation hat selbst bei Kenntnern der dänischen Gewerkschaftsbewegung Erstaunen erregt. Wie der Verbandsvorsitzende Folkethingsabgeordneter Lyngsie ausführte, ist für ca. 20.000 der Mitglieder bereits eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erzielt worden. Auch in den letzten beiden Jahren wurden in verschiedenen Fällen nennenswerte Erfolge errungen; 4349 Mitglieder müssten dafür in den Streik treten. — Als Verbandsvorsitzender wurde Folkethingsabgeordneter Lyngsie einstimmig wiedergewählt.

**Unternehmerkampf gegen die Gewerkschaften in Dänemark.** Ein Konflikt, den die Heizer und Hafenarbeiter jüngst mit den Reedern auszufechten hatten und der mit der Niederlage der Arbeiter endete, hat unter dem dänischen Unternehmertum erneut Scharfmachergelüste ausleben lassen. Man hat auf dieser Seite bei der großen Aussperrung vor drei Jahren anscheinend noch nicht genug gelernt, und so entwickelt sich erneut ein Kampf gegen die Gewerkschaften. Zunächst erklärten die Dampfschiffsgesellschaften, nur solche Arbeiter, die den Fachvereinen nicht angehören, verwenden zu wollen, und in vielen anderen industriellen Etablissements folgte man diesem Beispiel. Man ist aber noch einen Schritt weiter gegangen, indem man nicht nur den eigentlichen Arbeiterorganisationen, sondern auch den aus Comptoiristen und anderen Handelsangestellten bestehenden Fachvereinen den Krieg erklärt hat. Während des Streiks der Hafenarbeiter wurden Comptoiristen und das Büropersonal zum Löschern der Dampfer verwendet. Zwar suchte die Centralorganisation der Handlungsgesellen und Comptoiristen dies zu verhindern, konnte aber nichts ausrichten, da die Comptoiristen, die sich weigerten, an den Löschungsarbeiten teilzunehmen, entlassen wurden. Nun hat sich diese Bewegung gegen die Organisation der Handlungsgesellen auch auf die Provinzen ausgedehnt, wo die Prinzipale der großen Geschäfte überall verlangen, daß die Comptoiristen aus den Fachvereinen austreten sollen, wenn sie ihre Plätze behalten wollen.

Gelüftet's den dänischen Scharfmachern nach einem neuen großen Kampf?

## Berichte.

**Hamburg.** Sonntag den 29. Juni fand Mitgliederversammlung bei v. Salzen, Caffamacherreihe, statt, mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902; 2. Kartellbericht; 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Nach Verlesung der Abrechnung, welche als richtig anerkannt wurde, brachte Kollege U. a. den Kartellbericht. Derselbe brachte zur Sprache, daß der Besuch der Wempe-Vorträge vieles zu wünschen übrig ließ, man könne verlangen, daß unter den Kollegen mehr Propaganda dafür gemacht werde. Über die Bibliothek habe man sich auch in der letzten Zeit des öfteren unterhalten, es müßten mehr die wissenschaftlichen Werke entnommen werden. Die Regelung der Angelegenheit sei noch nicht ganz zum Abschluß gelangt, der Katalog müsse noch ausgearbeitet werden. Auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung herrschten in Hamburg äußerst traurige Zustände, alle Arbeiterselbsttire lägen darüber, daß die Schiedsgerichte der Krankenkassen oft Entscheidungen trafen, die im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen ständen. Viele Arbeiter würden dadurch benachteiligt. Hierauf wurde zu Innere Vereinsangelegenheiten zum bevorstehenden Sommerbergtrügen in Lübeck das Komitee ergänzt, sowie Frau Quast damit beauftragt, da dieselbe im Besitze unserer Vereinsfahne ist, dieselbe, wenn angängig, mit 500 Mark gegen Feuergefahr versichern zu lassen, worauf Schluss erfolgte.

**Leipzig.** Die hiesigen Kollegen sind in der letzten Zeit recht nachlässig im Versammlungsbetrieb geworden, so daß es uns trotz aller Bekanntmachung nicht möglich war, Versammlungen abzuhalten zu können. Dabei fragen Sie aber immer: Ist nicht bald eine Versammlung? Es ist aber Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, in den Versammlungen zu erscheinen, um mit zu beraten und zu beschließen zum Wohle der Organisation. Kollegen, Montag den 14. Juli abends 1/2 Uhr ist im Römischen Hof eine Versammlung, sollte diese nicht besser besucht sein, so werden wir in der nächsten Zeit keine mehr abhalten. Dann wird die Verwaltung alles, ohne die Mitglieder gefragt zu haben, machen. Das wird Euch gewiß nicht recht sein, darum kommt in die Versammlung.

Die örtliche Verwaltung.

## Briefkasten.

**H. G., Ohlau.** Ist, da der Hamburger Bericht bereits gelesen war, lassiert worden.

**Sch., Hamburg-Eimsbüttel.** Zum Verständnis des Berichts müßten wir allerdings die ganze Situation schildern, dazu mangelt uns der Raum. Darum unterbleibt der Abruck.

## Quittung.

Vom 24. bis 30. Juni sind folgende freiwillige Gelde eingelaufen für die ausständigen Tabakarbeiter in Trier:

Verband der Tabakarbeiter Trier 21.80 M.

Verband der Holzarbeiter Trier . 35.— "

Allen Gebären besten Dank.

Johann Müller, Trier.

## Litterarisches.

Das Protokoll der Verhandlungen des 4. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart vom 16. bis 21. Juni 1902, ist soeben erschienen. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Protokoll zum Preise von 20 Pfg. pro Exemplar, d. h. unter dem Selbstkostenpreis, jedoch nur, wenn sie es durch ihre Organisation oder durch das örtliche Gewerkschaftskartell beziehen. Im Buchhandel beträgt der Preis 1 M. pro Exemplar.

Von der Neuen Zeit ist das 39. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Les rois s'en vont. — Amerikanische Expansionspolitik in Ostasien. Von Heinrich Gunow. — Der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Adolf Braun.

Die Gleichheit. Nr. 14. 12. Jahrgang. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Rückblick auf den Gewerkschaftskongress zu Stuttgart. — Frauen- und Kinderarbeit beim Zuckerrübenbau. Von Louise Bieck.

Der Wahre Jacob hat soeben die Nr. 14 seines 19. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir besonders den Nachruf für die verstorbene Parteigenossin Auguste Eichhorn nebst Porträt hervor.

Vom Simplicissimus ist soeben Nr. 14 vom 7. Jahrgang erschienen. Eine feine Satire liegt in dem prächtigen Titelbild von Th. Th. Heine, überzeichnet: Tolstoi in Leipzig, ein Bild aus der berühmten Folge Durchs dunkle Deutschland.

**Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!**

## Vereinsteil.

### Central-Straken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsrat: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstr. 5, I.  
Auskünfte: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 8.  
Schiedsgericht: A. Hanisch, Dresden-N., Königsbrüder Str. 41, IV.

Folgende Beträge sind bei der Hauptklasse eingegangen:  
Orsay 80 M., Haynau 50 M., Hamburg 300 M., Halle a. S. 200 M., Gundelsheim 100 M. Summa: 780 M.  
Sterbekasse: Orsay 20 M., Ottenstein 100 M., Halle a. S. 38.12 M. Summa: 158.12 M.

Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:  
Braunschweig 200 M., Bretnig 50 M., Hanau 100 M., Durach 50 M., Flape 50 M. Summa: 450 M.

Durch die Hauptklasse erhielten Krankengeld:  
C. Sähoff in Stavenhagen 11.10 M., W. Bühring in Freiburg 22.20 M., F. Müller in Bochum 7.20 M., F. Müller in Bremen 11.10 M., H. Franz in Markranstädt 12.50 M., Sa.: 64.10 M. Hamburg, den 7. Juli 1902.

B. Otto.

Beigetreten sind: In Ahim: Frau D. Bäcker aus Ahim, Mathilde Schüller aus Bremen, C. van Empel aus Nienburg, H. Friede aus Celle. Adr.: G. Beder, Mühlenstr. 27. Braunschweig: Fr. Elise Post aus Königswberg. Adr.: W. Wolff, Hildesheimer Straße 8. Dresden: E. Staratz aus Sandom (z. R. 2. Kl.). Adr.: R. Richter, Helgolandstr. 3, II. Lauffen a. N.: R. Löblich und Georg Döwahl aus Lauffen, Lina Löblich aus Heppenheim, Christiane Günther aus Calmbach. Adr.: Ph. Kämmerer, Saengerstr. 476. Löbau i. S.: Therese Pangraz aus Breslau und M. Arlt aus Halbau. Adr.: E. Böhmer, Bernstädter Straße. Hauptklasse: F. Hellstab aus Hochdorf. Hamburg, den 7. Juli 1902.

J. Lenz.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Wallau, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

## Bekanntmachung.

Max Schmidt aus Berlin, Buch Ser. II, 4683, hat wegen zu später Anmeldung in Berlin 1 M. Strafe zu zahlen. Die Bevollmächtigten wollen diesen Betrag einziehen und mit entsprechendem Vermehr in Einnahmen der Abrechnung stellen.

Paul Steinberg aus Fredow ist nach § 8 gestrichen. Das Buch ist zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Das auf den Namen Friedrich Bracht aus Miltern lautende Buch, Ser. III, 04194, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigefalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Das Mitgliedsbuch des Hermann Kühnel aus Wansen (Ser. und Nr. unbekannt) ist im Vorzeigefalle zu konfiszieren und an uns einzusenden. Da Hermann Kühnel bis zur Zeit Vertrauensmann in Geithain, sich jedoch von hier heimlich entfernt hat, so ersuchen wir um Angabe seiner Adresse.

Das auf den Namen Wilhelm Dicks aus ? lautende Buch, Ser. II, 34013, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigefalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

## Bremen.

Vom 1. bis 7. Juli 1902 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		§
30. Juni. Eilenburg . . . . .	50.—	2. Fulda (Ab. Schnee, Beiträge) . . . . . 1.67
30. Briesig i. Sgl. . . . .	85.—	2. Fulda (E. Müller, Beiträge) . . . . . 40
30. Bernburg . . . . .	90.—	2. Schwedt a. O. . . . . 50.—
30. Winsen . . . . .	70.—	4. Frankfurtberg . . . . . 250.—
30. Neumünster . . . . .	70.—	5. Müncheberg . . . . . 100.—
30. Ottensen . . . . .	500.—	6. Bischofswerda . . . . . 100.—
30. Herford . . . . .	37.50	7. Bremen (Adolf Wittig jun., Beiträge) . . . . . 1.—
30. Hastedt . . . . .	150.—	
30. Potsdam . . . . .	60.—	
30. Dresden . . . . .	200.—	
1. Juli. Altona a.		

Alfred Lupte aus Glashütte i. S. (800)  
Max Grün gen. Graf aus Berlin (z. R.). (202)  
Franz Landowski aus Tuchl. (247)  
Otto Ebert aus Eberswalde, Albert Kühl aus Stettin. (92)  
Ignaz Kohs aus Włosław, Karl Lamplowska (z. R.), Antonie Lamplowska, Michałina Stefanik, Wiktorow Palac, Ida Mau, K. Schylberowicz, Johanna Thran, P. Preuß, Albert Deppe, Michałina Farczak, Stanislaus Sobolewski, Katarina Strohnska, Magdalene Brodow, Martha Stachowska, Marie Dopierata, Agnes Soltykow, Stanisława Kazmierowska, Franciszka Jasziewicz, Elisabeth Pawłowska, Klaudia Menke, Margarete Krusze, Anastasia Pleszewska, sämtlich aus Posen. (288)  
Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

#### Bremen.

#### Der Vorstand.

#### Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In Erxleben-Uhrsleben: Bei G. Knippel in Erxleben (per Adr.: Schulz's Cigarrenfabrik).

In Geithain: Bei Paul Engelmann, Neumarkt Nr. 814.

In Greifswald: Bei Karl Rettig, Bornstraße 10, I. An

Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An

Sonntags und Feiertagen von 11—1 Uhr mittags.

In Hess-Oldendorf: Durch Fr. Wente zu jeder Tageszeit.

Sonntags und Feiertagen von 11—2 Uhr Südstraße 197.

In Mühlberg a. G.: In der Herberge zur Helma. Wochentags von 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends. An Sonn-

und Feiertagen von 10—12 Uhr mittags.

**Adressenänderungen:**

Für Goldberg: Der 1. Rev. Herm. Beer wohnt jetzt Neu-

straße 184. Der 2. Rev. Paul Beer Markt 111.

Für Greifswald: Der 1. Rev. Karl Rettig wohnt jetzt

Bornstraße 10, I.

Für Rawitsch: Der 1. Rev. Karl Schwarz wohnt jetzt Kirch-

straße 389.

Für Striegau: Der 1. Rev. Paul Gießmann wohnt jetzt

Uferhäuser 2.

#### Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In Dessau: Sonnabend den 12. Juli abends 8½ Uhr in

Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Ver-

schiedenes. — Die Mitglieder werden erachtet, pünktlich und zahlreich

zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Neustadt (O.-S.): Sonnabend den 12. Juli abends

8½ Uhr im Lokale des Herrn Otto. Tagesordnung: 1. Abrechnung

vom 2. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevoll-

mächtigen und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Der wichtigen

Tagesordnung wegen ersucht um vollzähliges Erscheinen J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Düsseldorf: Sonntag den 13. Juli vormittags punkt

10½ Uhr im Lokale des Herrn Julius Fischer, Mühlenstraße 8.

Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. — Das Erscheinen aller

Mitglieder ist Pflicht.

N.B. Die Kollegen werden ersucht, der Abrechnung wegen ihre

Beiträge zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bassel: Montag den 14. Juli nachm. 6½ Uhr bei Galt-

wirt Klemmehner, Graben Nr. 35. Tagesordnung: 1. Abrechnung

vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes. — Bitte die Kollegen, recht zahl-

reich zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Leipzig: Montag den 14. Juli abends 8½ Uhr im

Woltersdorf: Sonnabend den 19. Juli abends 8 Uhr im

Lokale des Herrn G. Niel-Werder. Tagesordnung wird in der Ver-

sammlung bekannt gegeben. — Die Mitglieder, auch die von aus-

wärts nach hier steuernden, wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonntag den 20. Juli vormittags 10 Uhr im

Lokale des Herrn Ballmeyer, Weberstr. 5. Tagesordnung: 1. Ab-

rechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl eines in Vorschlag zu bringen-

den 3. Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Erxleben-Uhrsleben: Sonntag den 20. Juli im Gathaus

zur Eisenbahn. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl eines in

Vorschlag zu bringenden Kontrolleurs. 3. Verschiedenes. — Es ist

Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Biebrich: Montag den 21. Juli abends 8 Uhr im Kaiser

Adolf. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Die

auswärtigen Mitglieder werden ersucht, bis zum 12. Juli ihre Be-

iträge an Peter Klering, Biebricher Str. 11, zu senden.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Halle: Sonnabend den 21. Juli abends 8½ Uhr im

Woltersdorf: Sonnabend den 21. Juli abends 8 Uhr im

Lokale des Herrn G. Niel-Werder. Tagesordnung wird in der Ver-

sammlung bekannt gegeben. — Die Mitglieder, auch die von aus-

wärts nach hier steuernden, wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bremen: Sonnabend den 21. Juli abends 8 Uhr im

Woltersdorf: Sonnabend den 21. Juli abends 8 Uhr im

Lokale des Herrn G. Niel-Werder. Tagesordnung wird in der Ver-

sammlung bekannt gegeben. — Die Mitglieder, auch die von aus-

wärts nach hier steuernden, wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Berlin: Sonnabend den 21. Juli abends 8½ Uhr bei Seind,

Wilmst. 11. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom 2. Quartal.

2. Berichterstattung vom diesjährigen Gewerkschaftsjahre. 3. Ber-

schiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung

recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit auch ein rechtzeitiger

Schluss erfolgen kann. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Chemnitz: Sonnabend den 26. Juli abends 8½ Uhr im

Restaurant Barburg, Hainstr. 17. Tagesordnung: 1. Bericht über

die Bewegung der Mitglieder im Jahre 1901 bis 1902. 2. Bericht

der Vorortskommission auf das Jahr 1901 bis 1902. 3. Abrechnung.

4. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und

Kontrolleure. 5. Neuwahl der Agitationskommission. 6. Allgemeine

Angelegenheiten. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist daher no-

wendig. Die von auswärtis nach hier zahlenden Mitglieder werden

ersucht, ihre Beiträge bis Sonntag den 20. Juli an Oster Barth,

Oststraße 273, abzuführen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Eberswalde: Sonntag den 3. August in Blutis

Restaurant. Tagesordnung: 1. Wahl eines in Vorschlag zu bringen-

den 1. Bevollmächtigten. 2. Gründung einer Lokalfasse. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Apolda. Ich ersuche die Mitglieder, welche zur Zahlstelle gehören,

ab zu richten an den 3. Rev. Hermann Schubert,

Egersleben bei Magdeburg. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Carlshafen. Die Kollegen der Zahlstelle Carlshafen werden ge-

beten, ihre Beiträge zu begleichen, damit die Abrechnung zur

Monatsversammlung machen können, welche Sonnabend den 19. Juli

stattfindet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Etgersleben. Alle Zuschriften und Briefsendungen sind von jetzt

ab zu richten an den 3. Rev. Hermann Schubert,

Egersleben bei Magdeburg. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Gera. Sonnabend den 19. Juli Quartalsabrechnung. Die restierenden

Mitglieder werden ersucht, die Beiträge zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Hildesheim. Den Kollegen der Zahlstelle Hildesheim und Umgegend

zur Beachtung, daß die Abrechnung vom 2. Quartal

am Sonntag den 20. Juli stattfindet, und werden die Kollegen ersucht,

ihre Beiträge bis dahin zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Liegnitz. Die restierenden Mitglieder werden hierdurch aufgefordert,

ihre Reste zu begleichen, wodurchfalls Streichung erfolgt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Oerlinghausen. Am Sonntag den 13. Juli nachmittags 3 Uhr

2. Quartalsabrechnung statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Schweidnitz. Ich fordere sämtliche restierende Mitglieder auf,

ihre Beiträge bis zum 26. Juli zu regeln, und

mache die Mitglieder darauf aufmerksam, daß vom 3. Quartal voll-

ständig statutengemäß gehandelt wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Liegnitz. Die Kollegen, welche Auskunft über Felix Przygodzki

haben wollen, können solche vom Unterzeichneten sowie

von Fritz Schönfelder in Egersleben und vom Vorstand in Bremen

erhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bückeburg. 2 junge tüchtige Cigarren-

Arbeiter suchen baldigt Stellung, am liebsten, wo Wickel gefertigt werden.

Auch könnte einer davon in einer Musik-

kapelle placierte werden. Instrument

perfekt Klarinette und Bassoon. Offerten

erbeten an Ernst Gräbow, Cigarren-

Arbeiter, Königsberg, Neumarkt.

Tüchtige Wickelmacherin

findet dauernde Beschäftigung. Lohn

per Stunde 8.50 bis 4 M. Auskunft

erteilt Paul Sperling, Cigarren-Arbeiter,

Genthin, Gr. Schulstraße 49.

Wickelmacherin wird gesucht,

welche 4 bis 6000 Wickel macht.

Näherr. Auskunft erteilt Rich. Lorenz,

1. Bevollmächtiger, Lindau in Aufhalt.

Tüchtige solide Cigarren-

Arbeiter, a 8 bis 12 M. und

Handarbeit a 10.50 bis 15 M. finden

dauernde Beschäftigung. Nochde u.

Fritzberg, Scharmbeck bei Bremen.